

Funktionierendes Netzwerk gibt Sicherheit

PALLIATIVE CARE Hausärztin, Spezialarzt, Spitex, Apothekerin, Therapeutin, Seelsorge ... Ein funktionierendes Netzwerk gibt Menschen mit einer lebensbedrohlichen Krankheit Sicherheit. Doch nur durch eine gute Zusammenarbeit lässt sich eine lückenlose Palliative Care realisieren. Zentral dabei: Die Betreuung muss so individuell sein, dass sie den verschiedensten Bedürfnissen jeder Patientin und jedes Patienten gerecht wird.

von **Astrid Bossert Meier**

Palliative Care wird möglichst nahe bei den Menschen erbracht, die sie benötigen. Das bedingt ein interprofessionelles und eingespieltes Behandlungsteam. Auf Einladung von Palliativ Luzern nahmen Ende Oktober Fachpersonen aus verschiedenen Regionen des Kantons an einem Vernetzungsanlass in Hochdorf teil und dachten über eine gelingende Zusammenarbeit nach.

Teamarbeit statt Einzelkämpfer

Der Palliative-Care-Pionier Dr. med. Roland Kunz hielt ein praxisorientiertes Inputreferat. Seit vielen Jahren beschäftigt sich der Facharzt für Geriatrie und Palliativmedizin mit der Frage, welche Unterstützung Patientinnen und Patienten brauchen, wenn die Heilung einer Krankheit kein primäres Ziel mehr darstellt. Eine gute Palliative-Care-Versorgung umfasst für Roland Kunz mehrere Ebenen. Einerseits ist es eine Haltungsfrage: Es gelte zu akzeptieren, dass das Leben endlich und vergänglich ist. Andererseits ist eine hohe Fachkompetenz gefordert. «Noch immer denken viele, Palliative Care sei Kerzen anzünden und Händchen halten», sagte der Referent provokativ. «Da muss man klarmachen: Es braucht Fachkompetenz – von Symptomlinderung über Kommunikation oder Vorausplanung bis zur Angehörigenbetreuung.» Zudem fordere eine



Der führende Palliative-Care-Mediziner Dr. med. Roland Kunz bei seinem Inputreferat. Foto Gregor Gander

umfassende palliative Betreuung keine einzelnen Spezialisten, «sondern ein Versorgungskonzept mit einem interprofessionellen, vernetzten Behandlungsteam».

Palliative Betreuung braucht Vernetzung

Genau diesen Gedanken verfolgt Palliativ Luzern mit dem Aufbau von regionalen Palliative-Care-Netzwerken. Die Initiative befindet sich in der Umsetzungsphase und will eine noch bessere Zusammenarbeit zwischen Spitex-Organisationen, Pflegeheimen, freiwilligen Besuchsdiensten, Seelsorgenden, Hausärzten und weiteren Involvierten ermöglichen. Als Pilotregion ist das Palliative-Care-Netzwerk Region Sem-pachersee im April 2022 gestartet. Ent-

sprechende Netzwerke in anderen Regionen des Kantons sind im Aufbau.

Mehr miteinander sprechen

Für Dr. Roland Kunz ist ein gut koordiniertes Versorgungssystem für die betroffene Person zentral. «Ein funktionierendes Netzwerk vermittelt Sicherheit. Und Sicherheit ist ein wesentlicher Bestandteil der Lebensqualität.» Doch wie arbeitet man in einem Netzwerk zusammen, das fünf, zehn oder noch mehr Berufsgruppen und freiwillige Helfende umfasst? Gegenseitige Akzeptanz und Wertschätzung der jeweiligen Fähigkeiten und ein regelmässiger Informationsaustausch sind zentral. «Wir müssen viel mehr miteinander sprechen, auch wenn mir bewusst ist, dass das eine Ressourcenfrage ist.» Es hand-

le sich jedoch um eine gut investierte Zeit, denn sie garantiere die bestmögliche Betreuung und verhindere unerwünschte Hospitalisationen.

Je früher, desto besser

Bedürfnisse können sich im Verlauf einer Erkrankung ändern. Deshalb sollen sie regelmässig thematisiert werden, rät Kunz. «Man soll mit dem Patienten möglichst früh und immer wieder darüber sprechen, was ihm in seinem Leben noch wichtig ist.» Zu wissen, welche Ziele ein Mensch hat, stelle die Basis der gemeinsamen Arbeit dar. Damit sprach Roland Kunz auch das Thema «Early Palliative Care» an. Er wünscht sich, dass mit der Diagnosestellung einer unheilbaren, lebensbedrohlichen oder chronisch fortschreitenden

Roland Kunz

Dr. med. Roland Kunz war bis 2021 Chefarzt Universitäre Klinik für Akutgeriatrie und Zentrum für Palliative Care im Stadtspital Waid und Triemli (Zürich) und Dozent für Palliative Care an der Universität Zürich und an der ETH. Er amtiert als Co-Präsident der internationalen Fachgesellschaft für Palliative Geriatrie FGPG.

Der Bedarf wird zunehmen

Der Bedarf an Palliative Care wird in den nächsten Jahren in allen Settings erheblich zunehmen. Die Entwicklung integrierter Versorgungsmodelle nimmt diesen Handlungsbedarf auf und ermöglicht – dank besserer Vernetzung, Koordination und Information – die Erbringung einer angemessenen und integrierten Palliativversorgung vor Ort. Palliativ Luzern hat ein Konzept dazu erarbeitet.

Weitere Informationen unter palliativ-luzern.ch

Krankheit eine Art Tandem-Betreuung startet: Ein Rad für die traditionelle Behandlung der Krankheit, das zweite Rad mit dem Ziel einer guten Symptomkontrolle, einer vorausschauenden Planung, einer koordinierten Versorgung sowie Unterstützung in der Krankheitsbewältigung für die betroffene Person und ihre Familie.

Es gibt noch viel zu tun. Das zeigte das Referat des Palliative-Care-Pioniers und die engagierte Diskussion unter den Fachpersonen eindrücklich auf. Doch dank dem Aufbau der regionalen Palliative-Care-Netzwerke ist der Kanton Luzern auf dem Weg zu einer integrierten Palliative Care einen Schritt weiter – damit Menschen trotz schwerer und lebensbedrohlicher Krankheit ein lebenswertes Leben führen können.

Die Regierung hätte proaktiver handeln können

VBL-AFFÄRE In der Affäre um mutmasslich zu hohe Subventionen für die Verkehrsbetriebe Luzern (VBL) hat ein Bericht die kantonalen Kontrollstellen entlastet. Er kommt aber zum Schluss, dass der Regierungsrat schneller und proaktiver hätte handeln können, als er Wind bekam von der Sache.

Der Schlussbericht befasst sich mit den Ereignissen und Entwicklungen von 2012 bis 2020, als die Subventionsaffäre um die VBL publik wurde. Erarbeitet hat ihn ein Ausschuss der Aufsichts- und Kontrollkommission des Kantonsrats (AKK), die ihn am Mittwoch veröffentlichte.

Zur Erinnerung: Der Verkehrsverbund Luzern (VVL), der für den Kanton das ÖV-Angebot bestellt, wirft den VBL vor, von 2011 bis 2017 insgesamt rund 16 Millionen Franken zu viel an Subventionen bezogen zu haben wegen der Berücksichtigung kalkulatorischer Zinsen. Der VVL fordert dieses Geld zurück, der Rechtsstreit dazu ist noch hängig.

Der Bericht fokussiert auf die Handlungen des Verbundrats VVL, des kantonalen Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartements, des Regierungsrats und der Finanzkontrolle (Fiko). Er untersuchte, ob die Oberaufsicht in der Sache umfassend wahrgenommen wurde.

Vertiefte Aufarbeitung wichtig

Die AKK hatte zuvor bereits ein externes Gutachten in Auftrag gegeben, das



Die Wirren um Subventionen für das Luzerner Verkehrsunternehmen VBL haben auch den Kanton beschäftigt. Nun liegt ein Schlussbericht zu dessen Kontrolltätigkeit vor.

Foto Keystone

dass insbesondere der Informationsfluss vom VVL zum Regierungsrat «nicht optimal» gewesen sei. Auch der Regierungsrat selber habe «relativ viel Zeit» verstreichen lassen, nachdem er 2018 über die grundsätzliche Brisanz der Abgeltungsfrage in Kenntnis gesetzt wurde. So habe das zuständige Departement erst 2020 der Fiko einen Überprüfungsauftrag erteilt und sei somit seinen Oberaufsichtspflichten «verspätet nachgekommen». Hier wäre nach «eine schnellere, proaktive Vorgehensweise des Regierungsrates angezeigt gewesen», hält der Ausschuss fest.

Doppelrollen

Der Bericht zeigt auch Verbesserungspotenziale auf. Zu optimieren sei etwa die Aufsicht über ausgelagerte Einheiten. Auch müssten Doppelrollen vermieden werden. Denn einerseits war der Departementssekretär gleichzeitig Verbundratspräsident. Andererseits amtierte die AKK-Präsidentin als VBL-Verwaltungsratspräsidentin. Wegen der Affäre hat der Kanton bereits diverse Änderungen vorgenommen.

Die AKK hält fest, sie selber hätte in dem Fall proaktiver sein sollen. Mit dem Schlussbericht sei die Affäre umfassend aufgearbeitet, die Untersuchung sei definitiv abgeschlossen. Die AKK habe einstimmig entschieden, auf die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) zu verzichten. Eine solche war aus Parteikreisen gefordert worden.

sich nur mit der Aufsichtstätigkeit ab Bekanntwerden der Affäre befasste. Sie sei zum Schluss gekommen, dass auch eine vertiefte Aufarbeitung der vorangegangenen Ereignisse und Entwicklungen wichtig sei.

In der Folge wertete ein AKK-Ausschuss Protokolle des VVL-Verbundrates aus und ersuchte Regierung, Departement und Fiko um Stellungnahmen. Es gebe keine Anzeichen für ein offensichtliches Fehlverhalten bei VVL, De-

partement und Regierungsrat, hält er fest.

Laut dem Bericht hatte der Verbundrat bereits ab 2013 Kenntnis von Verhandlungen zwischen VVL und VBL über eine Reduktion der Abgeltung und bessere Transparenzregeln. Dies wurde in Zielvereinbarungen festgehalten, weshalb der Verbundrat keinen Anlass sah, die Regierung zu informieren. Die VBL hätten aber weiterhin den alten Rechnungslegungsstandard angewendet.

«Ausserhalb jeglicher Erwartungen»

Mit dem Postauto-Skandal seien dann vertiefte Abklärungen möglich geworden. Über diese informierte der VVL schliesslich 2017, der Regierungsrat behandelte das Thema im Juni 2018. Regierungsrat Fabian Peter (FDP) hält dazu im Bericht fest, das Ausmass der Überabgeltungen sei «ausserhalb jeglicher Erwartungen gewesen». Der AKK-Ausschuss kommt zum Schluss,